

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

11.6.1865 (No. 137)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 11. Juni.

N. 137.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 10. Juni.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 26. Mai d. J. quädigst bewogen gefunden: den provisorischen Oberzollinspektor Großmann in Altbreisach zum Oberzollinspektor in Donauweinsingen zu ernennen; den Oberzollinspektor von Senzburg in Thingen in gleicher Eigenschaft nach Altbreisach zu versetzen; den Hauptamtsverwalter Stocker bei dem Hauptsteueramt Thingen provisorisch zum Oberzollinspektor daselbst zu ernennen; den Hauptamtsverwalter Kraus zu Leopoldshöhe in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt Thingen, den Hauptamtsverwalter Fackon in Wertheim in gleicher Eigenschaft zum Hauptzollamt bei Schusterinsel, den Hauptamtsverwalter Glas in Altbreisach in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt in Wertheim, den Hauptamtsverwalter Karl Wagner in Ueberlingen in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt Altbreisach zu versetzen, und den provisorischen Oberzollinspektor Walchner in Donauweinsingen zum Hauptzollamts-Verwalter bei dem Hauptsteueramt Ueberlingen, den Zollverwalter Leers in Baden zum Hauptzollamts-Kontrollleur bei dem Hauptsteueramt Karlsruhe zu ernennen; unter dem 2. Juni d. J. den Studienfonds-Verwalter Joseph Oberle in Rastatt wegen vorgerückten Alters und geschwächter Gesundheit seinem unterthänigsten Ansuchen gemäß in den Ruhestand zu versetzen; den Professor Rauch am Lyceum zu Rastatt an das Lyceum in Freiburg zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 10. Juni. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 26 enthält (außer Personalnachrichten):

1. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten: Die Wiederbesetzung des erledigten Konsulats in Odessa betreffend. Dasselbe wurde dem dortigen Handelsmann Karl Eulmann, unter Ernennung desselben zum großh. Konsul, übertragen, dem Seitens der kaiserl. russischen Regierung unter dem 7. Mai d. J. das Exequatur erteilt worden ist. 2) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Die gesundheitspolizeilichen Maßregeln zum Schutze gegen die Mensechblatter betreffend. b) Die Ertheilung der Apothekereizenz an Bernhard Eisenlohr in Lörrach betreffend. c) Die Zulassung auswärtiger Feuerversicherungs-Gesellschaften zum Geschäftsbetrieb im Großherzogthum betreffend. Darnach ist der Versicherungsgesellschaft „Woguntia“ in Mainz die nachgesuchte Erlaubnis zur Uebernahme von Versicherungen gegen Feuergefahr von Fabriken und vom fünften Theil der Versicherungssumme der bei der Staatsanstalt versicherten Gebäude erteilt wor-

*K. Die Einsamen.

Mein Bruder Wilhelm und ich waren Waisen. Wir waren unser eine große Familie ein — sechs Kinder, Knaben und Mädchen gleichvertheilt. Wir wohnten mit unsern Eltern in einem alten Hause auf dem Lande, und hätten keine nahen Nachbarn. Ein über Ort sei's, meinte Nebemann, und war's wohl auch; doch war er mir lieb; war er ja das einzige Heim, das ich je gekannt, und voll alter Gedankenverbindungen. Ein ungesunder Luftzustand mochte es sein, das Haus. Tief eingekerkert stand's unter Bäumen und großen starken immergrünen Gewächsen — prachtvollen immergrünen, und so schattig im Sommer; aber die Feuchtigkeit freilich hielten sie fürchterlich; aus einigen der Fenster konnten wir die Hände hinausrecken — als Kinder pflegten wir damit, wenn's zu naß zum Ausgehen war, uns zu vergrünnen und die Blätter und Blüthen zu pflücken. Vom Grund zum Dach, auch, war's von Schlingpflanzen, Epheu und Geißblatt und Rosen überant und überlaubt, die alle so dicht wuchsen, daß die Fenster eben nur Gucklöcher waren, und große verlausene Schöbe über sie zu wehen pflegten und hinauf über den Strich des Dachgestümpfes. Oh! lieblich im Sommer waren die Rosen und die Waldwinden in langhinströmenden Massen sich buschend, und die Vorlaube überhangend, und Sperlingsnestern zu Duzenden Schirm gewährend. Auch große laubichte Ulmen und Eschen gab's da, und ein mächtiger Nußbaum lehnte sich fast an's Haus, einen Theil davon, der als Anbau errichtet war, überhängend; schon sah er aus; bei nassem Wetter aber, und wir hatten viel Nässe in unserer Landesgegend, katzen die Einem sein und der Kletterpflanzen ewiges Geträufel trübselig in's Ohr; und im Herbst pflegten die Blätter die Rinnen zu verstopfen und Ströme durch die Decken anzuziehen; fast alle waren von diesem durchschlagenden Gewässer fleckig, und als ich noch ein kleines Kind war und gewöhnlich früh aufwachte — das laute Gewirrs der Sperlinge in dem Grünwerk um's Fenster weckte mich oft mit dem ersten Tageslicht auf —

den. 3) Bekanntmachung des großh. Ministeriums der Finanzen. Die Serienziehung für die 78. Gewinnziehung des Lotterieleihens von 14 Millionen Gulden in 35-fl.-Loosen vom Jahr 1845 betreffend.

II. Diensterledigungen. Die Stelle des Gerichtsnotars bei großh. Amtsgericht Festen, womit ein Gehalt von 500 fl. bis 600 fl., und die Verwaltung des Notariatsdistrikts I. verbunden ist. Die Notariatsdistrikte Philippsburg II. und Eberbach, Amtsgerichtsbezirk Eberbach. Eine Lehrstelle für Mathematik und Naturwissenschaften an der höhern Bürgerschule in Freiburg, mit einer Besoldung von 800 fl. bis 1000 fl., die durch einen wissenschaftlich gebildeten Lehrer zu besetzen ist.

Stuttgart, 10. Juni. Nächsten Montag beginnen die Verhandlungen unserer Stände wieder. Im Präsidium der Kammer der Standesherren dürfte sich aber leicht eine Aenderung ergeben. Bekanntlich hat während der ganzen Session der Präsident Graf v. Nechberg sein Amt krankheits halber nicht versehen können, und ist jetzt zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in ein Bad gereist. Der seither funktionirende Vizepräsident, Fürst v. Waldburg-Wolfegg-Waldsee, soll jedoch nun gleichfalls aus Haus gefahren sein und nicht mehr erscheinen, sondern sich durch seinen Sohn, den Erbgrafen, vertreten lassen wollen. In diesem Fall hat der König das Recht, einen interimistischen Präsidenten zu ernennen, und man spricht davon, daß hierzu Prinz Friedrich von Württemberg ausersehen sei.

Während der jetzigen Kammerferien soll eine Nachgezogen eingelaufen sein von Seiten des Justizministeriums über 400,000 fl. zur Erbauung eines Zellengefängnisses für weibliche Strafgefangene.

Altona, 6. Juni. (Schlesw.-Holst. Ztg.) Herzog Friedrich ist in Begleitung des Hrn. Major Schmidt, von Kienfiedten kommend, mit dem Mittagszug von hier nach Kiel gereist.

Aus Schleswig-Holstein, 7. Juni. Wiener Blätter lassen sich aus Schleswig telegraphiren, daß für den Fall, daß nur Ergänzungs- und keine Neuwahlen für die Ständeversammlung ausgehrieben werden würden, es bei der herrschenden Stimmung sehr zweifelhaft sei, ob, wenn die Wahlen überhaupt zu Stande kämen, die Gewählten die Wahlen annehmen würden. Bis jetzt bemerkt hierzu die Flensburger „Nord. Ztg.“ ist eine solche Parole nicht ausgegeben worden, und wir möchten bezweifeln, daß Selbst in den extremsten Kreisen daran gedacht wird, eine solche jemals auszugeben. — Theodor Dischhausen soll sich für den „engsten Anschlag“ an Preußen ausgesprochen haben.

Kiel, 7. Juni. (N. Pr. Ztg.) Infolge eingetrossener Ordre werden die kaiserl. österreichischen und königl. preussischen Besatzungstruppen unter Befehl des Generals Herwarth v. Bittenfeld am 1. August bei Jhehoe auf der Luchstädter Halde ein Zeltlager beziehen. Die von allen Regimentern zum Errichten des Lagers designirten Mannschaften werden bereits Mitte Juli dorthin abrücken. Die Truppen werden bis zum 15. September im Lager konzentriert bleiben. — Wie hier verlautet, beabsichtigt der Erbprinz von Augustenburg sein Domizil Anfangs nächsten Monats nach Kienfiedten bei Altona zu verlegen; dem größten Theil seines Dienstpersonals soll bereits gekündigt worden sein.

oder wenn ich krank war, was nicht selten vorkam, pflegte ich in meinem Bettchen zu liegen und Schallten und Bilder in jenen Sporenspecken mir nachzuziehen. Sochen, die man eine Zeitlang bei Seite gelegt hatte, wurden schimmelig und muffig, und einige der Zimmer, die unter dem Nußbaum und die nach Norden, wo die Kirshorbeeren und die Rosenlorbeeren — und was für Rosenlorbeeren! — dicht an den Hauswänden wuchsen, waren, muß ich sagen, arg dunkel und kalt, und so feucht, daß die Tapete von der Mauer sich abzuschälen pflegte. Der Garten und der Rasenplatz waren ebenfalls schöne schattige Orte, mochten aber auch etwas zu viel sich überwaschen haben, denn die Blumen giebten nie recht dort, und das Gras war immer wie eingeweicht, und die Wege naß und moosig.

Ob Das etwas damit zu thun hatte oder nicht — bisweilen, fürcht' ich mag's wohl, obson mir's wie Frevol an der lieben alten Wohnstätte vorkommen will so 'was zu sagen — gewiß ist, eine gesunde Familie waren wir nicht und auch keine langlebige.

Mein Vater bewirtschaftete sein Gut selber; es gab ihm etwas zu thun, sagte er, und ich meine auch, hätte er Das nicht — so hätte er gar nichts gethan. Einen thätkräftigen Mann hätte man ihn nun wohl eben nicht nennen können; aber ein herzenguter Mann war er, der liebe Vater! und plagte und fürte nie Jemand um ihn, sondern ließ den Dingen ihren Lauf. Es kam nicht viel heraus bei seiner Landwirtschaft; da wir aber genug hatten, um bequem zu leben, so kam nicht so viel darauf an. Der Boden war naß und schwer und brauchte gar viel Trodenlegen, und die Federn und Raine waren so dicht und hoch, daß sie viel Raum wegnahmen und die Luft und den Sonnenlicht von den Feldern abhielten. Wir dachten damals an Vergleichen in unserer Gegend nicht, und erst seitdem ich wohne wo jetzt, habe ich Einsicht davon erhalten. Mit den Schafen und dem Biss war's meistens nicht richtig, oder die Kartoffeln bekamen die Krankheit, oder das Hen erbieth sich, oder die Ratten nahmen so überhand, daß sie die Frucht fast aufraffen und die jungen Entchen und

Nageburg, 9. Juni. (W. Z. B.) So eben fand die Eröffnung des Landtags durch den Landmarschall statt. Das Präsidium wird Hrn. v. Bismarck's Antwortschreiben auf die Adresse der Ritterschaft und Landschaft in geheimer Sitzung mittheilen.

Berlin, 9. Juni. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 8. Juni. (Schluß.)

Nach Erledigung des Virchow'schen Falles tritt das Haus in die Tagesordnung ein, die zur Verathung des Berichts der Budgetkommission über den Militäretat führte. Der Berichterstatter Abg. v. Baerst wies mit einigen Worten auf die gefährliche Lage des Militäretats hin. Die Militärvorlage sei abgelehnt. Ohne andere gesetzliche Grundlage habe die Kommission nur für solche Ausgaben die Genehmigung beantragen können, die in den bestehenden Gesetzen eine Grundlage finden. Der Etat sei daher behandelt wie seit 1862. Die Majorität kann ihre Ueberzeugung nicht ändern. Anders, die später kommen, sei zu überlassen, ob sie den Eintrag mit der Staatsregierung finden, den man bis jetzt nicht gefunden. Das Recht spreche für sich selbst; er bitte, alle Anträge der Kommission anzunehmen.

Eine Generalediskussion fand nicht statt. Zu dem ersten Ausgabebetitel, der die Reorganisation betraf, ergreift der Abg. v. Bonin das Wort, um seinen Entschluß und den seiner Freunde, sich der Abstimmung zu enthalten, zu motiviren. Sie ständen auf seinem Amendement, welches die Reorganisation nicht unbedingt annehme, eben so wenig aber auch jeder Anwendung unbedingt entgegenstehe, könnten also weder die Forderungen der Regierung bewilligen, noch sich der unbedingt Negation anschließen. — Für die Reorganisationskosten stimmten die Konservativen und einige Mitglieder des Zentrums. Eine Diskussion erobert sich über den Antrag XIX. der Kommission, betreffend die Abhebung von 9096 Thlrn. für eine früher als künftig wegfällende bezeichnete und dennoch wieder besetzte Stelle eines Gouverneurs von Berlin, deren bisheriger Inhaber (v. Wrangel), Oberbefehlshaber in den Marken, auf einen andern Titel gesetzt ist. Abg. Zwiesler weist darauf hin, daß die Zahl der aktiven Generale sich in Preußen sehr rasch mehre, und bald österreichische Verhältnisse erreiche. Der Regierungskommissar sucht dies zu entkräften. Es handle sich um die verdiente Dankbarkeit des Landes gegen einen General, dem es vergönnt gewesen sei, in zwei Feldzügen ruhmvoll Führer zu sein. Zwiesler erwidert, es habe ihm sein gelegen, gegen die Person des Feldmarschalls v. Wrangel etwas zu sagen. In gleichem Sinn motivirt der Berichterstatter (v. Baerst) den Kommissionsantrag, welcher mit großer Mehrheit angenommen wird.

Bei Formulirung der Frage für die Schlußabstimmung über die Reorganisationskosten durch den Präsidenten nimmt der Kriegsminister das Wort und verliest eine in Uebereinstimmung mit dem Staatsministerium aufgestellte Erklärung, worin unter Anführung der schon öfter geltend gemachten Motive die Regierung erklärt, die Reorganisation nicht aufgeben zu können. Gegen diese Erklärung waltet, v. Dietrichs, Gneist das Wort.

Die bei der ersten Position (7000 Thlr. zur Einleitung der den Unteroffizierschulen in Potsdam und Jülich hinzutretenden je 100 Zöglinge) vorgenommene namentliche Abstimmung ergab für die Streichung 207, dagegen 22 (konservative und liberale) Stimmen; der Abg. v. Bonin (Zentrum) enthielt sich der Abstimmung. Mit derselben Mehrheit wurden darauf alle weiteren Anträge der Kommission angenommen. — Schluß der Sitzung.

Berlin, 9. Juni. Verhandlungen des Abgeordnetenhauses.

In der heutigen Sitzung ergreift bei Verathung des Marineetat's für 1865 zur Generalediskussion zuerst das Wort der Abg. Harfort I.; er schildert die Mängel unserer Marine und ihrer Verwaltung. So-

Hühner dazu. Die Landwirtschaft — bei uns wenigstens war's zweifellos der Fall — ist meines Bedünkens kein sonderlich lohnender Betrieb; wiewohl ich, in jenen Tagen große Freude daran hatte, besonders am Hühnerhof und im Kälber-Aufziehen, nur gingen sie so oft darauf.

Inbessen, wie gesagt, nahm sich mein Vater dergleichen nicht groß zu Herzen. Konnte er nur herumflühen den Sachen nachsehend, und dann und wann einen Tag auf die Jagd geben und nach Tisch sein Schläfchen machen, so ging Alles glatt bei ihm ab.

Meine Mutter war gerade eine so gemüthliche Natur wie mein Vater. Eine schöne blonde Frau denkt sie mir, immer zart und im Haus herum gehend oder auf ihrem Sofa mit einem Umschlagwisch sitzend; gar hebbeligen Aussehens; mild und sanft, aber mit einem greifen Widerwillen gegen Unruhe und Störung jeder Art. Selten Sommers oder Winters verließ sie das Haus, und mit jedem Jahr wurde sie blässer und zärtlicher, und das Hüßeln, das mir immer an ihr denkt, wurde zunehmend schlimmer und ließ ihr oft die Nachtrabe nicht. Die wenigen Besuche, die zu uns kamen, riefen ihr oft, mit einem Arzt zu sprechen. Sie verkehrte aber immer, es sei nichts, es werde mit dem Frühjahr, oder dem Sommer, oder was eben für eine Jahreszeit im Anzug war, sich bessern. Sie sagten ihr, sie meinten, der Aufenthalt sei ihr nicht zuträglich; er sei so feucht; sie lächelte aber nur, und sagte ruhig: „Meinen Sie?“ und dachte nicht weiter daran. Wir Kinder auch gediehen nicht besser, als die Thiere auf dem Gut; und doch war, meines Wissens, keine Erbkrankheit in der Familie, aber wir wuchsen schwächlich und blaß, und gleichsam in's Kraut schlüpfig, auf, und hatten fast immer Husten und Schnupfen, und Halsweh und Lufthöhrenentzündung. Die Menge Ems, die mit Umschlägen verbraucht wurde, hätte wahrhaftig für alle Schweine und Ochsen, die wir je aufzogen, mehr als hingereicht, und mit dem Johannisbeer-Essig wollte es gar kein Ende nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

dann spricht der Abg. Kerll; er hält die Prüfung der Gehaltspositionen selbst bei dem vorausgesetzlichen Nichtzustandekommen des Etatsgesetzes für geboten, da das Ministerium Gehaltsveränderungen des Etatsentwurfes auch ohne ein Etatsgesetz in Ausführung bringe. Er vergleicht das preussische Marinebeamten-Personal mit dem anderer Seestaaten in Beziehung auf Rang- und Besoldungsverhältnisse, er tadelt die Uebertragung der Organisation des Landheeres auf die der Flotte; er tadelt den Flottenbauplan und verlangt die endliche Bildung eines Marineorganisations- und Flotten-Gründungsplans. — Bei der folgenden Spezialdebatte betheiligte sich Niemand. Die Anträge der Kommission zu Abtheilung I. werden angenommen, ebenso die folgenden, die ordentlichen Ausgaben betreffenden Anträge (III.—VIII.), zu denen mehrfach der Abg. Harfort I. das Wort ergreift. Zum Extraordinarium sind von Virchow und Genossen Amendements gestellt, welche aus der neulich abgelehnten Marinevorlage mehrere Bewilligungen in den Staatshaushalts-Etat herübernehmen. Dieselben lauten:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: in dem Extraordinarium des Marineetat 1) den Tit. 1. Fortsetzung der Bauten an der Fede um 300,000 Thlr. höher, also im Ganzen mit 1 Million Thlr. anzusehen; 2) den Tit. 4. zum Neubau von Schiffen und Zubehör um 250,000 Thlr. niedriger, also im Ganzen mit 500,000 Thlr., zu bewilligen; dafür aber zwei neue Titel anzusehen, nämlich 3) einen Titel 4 a. erste Rate zum Bau einer eisernen Panzerfregatte mit 750,000 Thlr., 4) einen Titel 4 b. erste Rate zur Beschaffung schwerer Geschütze für die vorhandenen Schiffe mit 300,000 Thlr. zu bewilligen.

v. Forderbeck motivirt ausführlich diese Amendements, welche den Beweis führen sollen, daß mit der Verfassung auch Geld für die Marine zu haben sei. Abg. Waldeck und Harfort I. opponiren, Ersterer aus konstitutionellen Gründen, Letzterer namentlich aus technischen Gründen. Abg. Gneiss ist für das Amendement Virchow, wesentlich aus den Gründen, die Forderbeck geltend gemacht. Abg. Lascker ebenfalls, jedoch nur bedingt für den Fall, daß die königl. Staatsregierung dem Amendement ihre Zustimmung ertheilen würde. Abg. Dr. Lechow führt aus, daß das Amendement nur eine andere Vertheilung der von der Regierung selbst an anderer Stelle geforderten Mittel darstelle. Abg. v. Blandenburg würde dem Amendement beistimmen, wenn die Bewilligung nicht von dem Zustandekommen des Etats abhängig gemacht worden wäre. Abg. Twesten führt aus, daß es sich nur um geforderte und auch von der Kommission geprüfte Summen handle, für welche hinreichende Einnahmeüberschüsse vorhanden sein würden. In dem Amendement liege keine Entzweiigung von Ausgaben, sondern nur eine Ermächtigung an die dazu willfährige Regierung. Abg. Dr. Fresse kritisiert das negative Verhalten der anwesenden Minister gegenüber dem Amendement, erklärt sich gegen alle Verwendungen auf die Anlagen an der Fede als nutzlos, und begründet das Bedürfnis, die Flottenangelegenheiten als deutsch-nationale zu behandeln, und demnach die Ausgaben dazu im preussischen Budget möglichst zu beschränken. Abg. v. d. Heydt erklärt sich für das Amendement Virchow, weil er gern dazu beitragen will, daß das Haus die Behälterfrage anerkenne, und hofft, daß die Regierung schließlich acceptiren werde.

Das Amendement wird dann durch den Antragsteller Dr. Virchow verteidigt, unter dem Hinweis, daß bei anderer Gelegenheit der Kriegeminister bereits ein zustimmendes Botum abgegeben habe. Ein Vertrauensvotum soll übrigens nicht ertheilt werden. Der Brauch des Hauses, nicht über die Ausgabenansätze der Staatsregierung hinauszugehen, sei als unmotivirt nicht ferner festzuhalten, so lange das Haus nicht im unbedingten Theil des Rechts sei, auch die Einnahmen nach Befinden festzusetzen. Auf eine Aufforderung an den anwesenden Finanzminister, die Stellung der Staatsregierung zu dem Antrag zu bezeichnen, erklärt Jener (nachdem er hervorgehoben, daß er nur aus sachlichen Rücksichten, nicht aber provozirt das Wort ergreife): Die Mittel seien nicht vorhanden; der Etat sei überhaupt ein Ganzes und verträge die vorgeschlagenen Änderungen um so weniger, als die gefestigten Beschlüsse im Militäretat von der Staatsregierung nicht berücksichtigt werden könnten. Die direkte Frage des Antragstellers an den Finanzminister, ob das Amendement von der Regierung angenommen werde oder nicht, bleibt unbeantwortet.

Die Diskussion wird geschlossen und das Amendement Virchow in allen Theilen mit geringer Mehrheit angenommen. (Dafür das linke Centrum, der größte Theil des Centrums, die Liberalen, ein Theil der Konservativen und ein Theil der Fortschrittspartei.) — Die übrigen Anträge des Kommissionsberichts werden ohne Debatte angenommen.

Berlin, 8. Juni. Man schreibt der „N. Frl. Ztg.“ bezüglich der Bismarck-Virchow'schen Angelegenheit: „Die Verhandlungen zwischen Hrn. v. Bismarck und Virchow, welche von des Erstern Seite zuerst durch seinen Schwager v. Puttkammer und nachher durch den Legationsrath v. Keudell mit dem Abg. v. Hennig geführt wurden, schienen eine Zeit lang zum Abschluß gelangen zu sollen; Virchow war bereit, zu erklären, daß er den Ministerpräsidenten zu beileidigen nicht die Absicht gehabt habe, sofern dieser vorher im Hause ausgespreche, daß die Anspielung des Hrn. v. Bismarck auf Hannibal Fischer die Marinekommission nicht habe beleidigen sollen. Inzwischen kam eine Einigung über die Fassung nicht zu Stande, und man erwartet daher heute den Anfang vom Ende: die förmliche Forderung, bei welcher angeblich Feldmarschall v. Wrangel eine Rolle spielen soll, nachdem Hr. v. Bismarck schon am Samstag dem König selbst von der Sache Mittheilung gemacht. Die Duellangelegenheit wird, trotzdem Duelle streng verboten, ganz öffentlich und formell verhandelt, und so war es denn auch ganz in der Ordnung, wenn im Abgeordnetenhaus Abg. v. Forderbeck den Ansichten der großen Mehrheit des Hauses in einer kurzen Rede, welcher der Präsident Grabow in ganz klaren, bestimmten Worten zustimmte, Ausdruck gab. Ob damit das Duell überhaupt vermieden wird, kann noch Niemand angeben.“

Dem „Fr. Journ.“ meldet man in der gleichen Sache: Während der Verhandlung über den Militäretat war der Abg. Virchow im Abgeordnetenhaus erschienen (unmittelbar vorher hatte sich das Haus bekanntlich mit dem Bismarck-Virchow'schen Zwischenfall beschäftigt). Als die Sitzung beendet war und er sich wieder entfernte, folgten ihm mehrere Polizeibeamte, die sich vor dem Hause aufgestellt hatten und ihn erwarteten zu haben schienen. Wahrscheinlich haben sie, um nach

der inzwischen publik gewordenen Forderung das Stattfinden des Duells zu verhindern, den Auftrag, den Abg. Virchow zu beobachten.

Wie verlautet, wird der General der Kavallerie, Graf v. Kostitz, welcher bereits seit mehr als sechzig Jahren der Armee angehört, aus Anlaß der fünfzigjährigen Gedenktag der Schlachten von Wigny und Belle-Alliance (die er bekanntlich als Adjutant Blücher's mitmachte) zum Feldmarschall ernannt werden. — Gestern traf der k. österr. General der Kavallerie Graf v. Lam-Gallas, kommandirender General in Böhmen, aus Prag hier ein.

Stralsund, 8. Juni. (W. L. B.) Auf der Herreise Sr. Maj. des Königs fanden an verschiedenen Orten Truppenbesichtigungen statt. In Angermünde und Prenzlau wurden die Truppen Sr. Majestät durch den Prinzen Friedrich Karl, in Pasewalk durch den Kronprinzen, welcher mit der Frau Kronprinzessin Sr. Majestät dafelbst empfangen hatte, vorgeführt. Bei der Ankunft hier selbst wurde Sr. Majestät von den Militär- und Zivilbehörden unter Vortritt des Fürsten zu Putbus empfangen. Sodann wurde der König am Neuen Markt von dem Bürgermeister und den städtischen Behörden begrüßt. Hierauf wohnte Sr. Majestät dem Gottesdienst in der Nikolaikirche bei, begab sich dann zu Fuß nach dem Alten Markt, und nahm dort aus den Händen des Fürsten zu Putbus Namens der Stände die Urkunde der Neuvorpommer'schen König-Wilhelms-Stiftung entgegen. Um fünf Uhr Festdiner und Abends Festball. Die Stadt ist durchweg festlich geschmückt, der Enthusiasmus allgemein.

Wien, 8. Juni. Dem Vernehmen nach hat der Herzog von Augustenburg hier eröffnen lassen, daß für den Fall, wo mit Preußen auch Oesterreich seine Unterstützung aus dem Herzogthümern für wünschenswerth ausdrücklich erklären würde, er bereit sei, sich zu fügen, und daß er seinem Rechte, seinem Lande und dem Gerechtigkeitsempfinden der beiden Mächte zu sehr vertraue, als daß er besorgen könnte, damit für seine Sache Schaben zu nehmen; daß er aber im andern Fall, wo seine Entfernung nur einseitig gefordert oder als eine nöthigenfalls zu erzwingende Pflicht hingestellt werden wollte, fest entschlossen sei, auszuharren und nur der Gewalt zu weichen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. Juni. (Presse.) Bei dem gestrigen Hofdiner waren auch Deut und Somsich geladen. Der Facelzug gleich einer Feuersäule, die sich zu Dens Höhen emporstreckte; die 1400 Faceln gewährten einen herrlichen Anblick. Der Kaiser blieb eine halbe Stunde auf dem Balkon. Bei dem Wetrennen verließ Sr. Maj. die Tribüne und verkehrte freundlich mit den Mitgliedern des Komitee's und des Neuvorvereins. Die politische Auffassung ist bei den Stimmführern beständig dieselbe, daß die Rechtskontinuität anzuerkennen, übrigens für die gemeinsame Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten auf Grundlage der Parität und nach Integrität der ungarischen Krone in möglichst hingebender Weise zu sorgen sei. Heute Besuch auf der Schießstätte.

Wien, 9. Juni. (Presse.) Für heute Abend 11 Uhr werden zur Abreise des Kaisers bereits die Abschiedsvorbereitungen getroffen. Die Stimmung ist trefflich, das Vertrauen zum Kaiser unerschüttert, ein Systemwechsel wird gehofft.

Sr. Maj. der Kaiser hat heute Vormittag in der Hofburg zu Wien dem Vernehmen nach den Akt über die Aushebung der Militärgerichte in Ungarn unterzeichnet.

So eben ist folgendes kaiserl. Handschreiben erschienen:

Lieber Graf Balffy! Während des Aufenthalts im Herzen meines Königreichs Ungarn, habe ich von allen Ständen und Schichten der Bevölkerung der Schwesterstädte, sowie aus allen Theilen des Landes ununterbrochen warme und unverkennbare Beweise treuer Anhänglichkeit erfahren. Gerührt über das herzliche Vertrauen, welches meinen väterlichen Aufträgen offenbar entgegengeleitet, beauftrage ich Sie, Allen meinen aufrichtigen Dank mit der Versicherung meiner vollen Gewogenheit auszudrücken.

Indem ich mein theures Ungarn, wo ich recht gern länger verweilt hätte, verlasse, nehme ich die angenehme Hoffnung mit, in nicht fernere Zeit wiederkehren zu können, um in jener Weise, wie ich dies am Tag meiner Ankunft feierlich ausgesprochen, das erfreuliche Werk zu beenden, das uns Allen am Herzen gelegen bleiben muß. Ich zähle hierbei auf den Segen Gottes, und erwarte mit Zuversicht eine kräftige Unterstützung von jedem treuen Ungarn.

Ofen, 9. Juni 1865. — Franz Joseph.

Schweiz.

Frauenfeld, 7. Juni. Der „Bund“ schreibt: Es ist dem unermüden Verfechter der Nordostbahn-Interessen, Hrn. Häberlin, gelungen, im thurgauischen Großen Rath durchzubringen. Der letztere hat sich am 6. d. nach länger und hartnäckiger Diskussion mit 50 gegen 45 Stimmen für die Anträge der Kommissionsmehrheit ausgesprochen. Für die Linie Romanshorn-Konstanz und, wie man jetzt auch noch will, Stein-Singen gibt die Nordost-Bahn und haben die Amtswörter kein Geld, für Konstanz-Romanshorn lag die Zusage einer Subsidie von 1,600,000 Fr. und freier Benutzung des Bahnhofs in Konstanz von Seite des badi'schen Handelsministeriums vor, sowie eine Uebernahmsofferte des Hauses Locher u. Comp. in St. Gallen für den Bau der Bahnstrecke Romanshorn-Konstanz in der Frist von 1½ Jahren mit zweijähriger Garantie um den Preis von 2,700,000 Fr. (einschl. Expropriation), bezw. 2,160,000 Fr. (auschl. Expropriation). Nichtsdestoweniger siegte, wenn auch mit schwacher Mehrheit, die Partei Häberlin's.

Bern, 7. Juni. (Köln. Ztg.) Aus Wien und Turin sind die Antworten der dortigen Regierungen auf das Anerbieten des Bundesrathes, beiden Staaten gegenüber vom 1. Juli an ebenfalls den jüngst mit Frankreich vereinbarten neuen Zolltarif provisorisch in Kraft treten zu lassen, wenn dieselben ihrerseits die Schweiz von jenem Termin an den von ihnen zumeist begünstigten Nationen gleichstellen, eingetroffen. Die Turiner Regierung hat sich hierzu unter

der Bedingung bereit erklärt, daß die Paraphirung des Handelsvertrages, über welchen die Unterhandlungen zwischen der Schweiz und Italien gegenwärtig im Gange sind, spätestens bis zum 15. Juli stattfinden. Aus Wien lautet die Antwort jedoch noch nicht so positiv. Dort hat sich der Minister des Auswärtigen, Hr. v. Mensdorff, gegenüber dem schweizerischen Geschäftsträger, Hrn. v. Steiger, zwar auch persönlich für die Annahme des bundesrathlichen Anerbietens bereit erklärt; indessen könne Seitens der österreichischen Regierung zur Stunde noch nicht auf die Sache eingegangen werden, weil die Kammer den österreichischen Zolltarif noch nicht festgestellt habe. Demnach wird Oesterreich, da der Bundesrath der oben angeführten Bedingung der Turiner Regierung mittelst Hrn. Pioda zu diesem Zweck zu ertheilenden Instruktionen entsprechen wird, der einzige Staat sein, für welchen das Inkrafttreten des neuen schweizerisch-französischen Zolltarifs vom 1. Juli an nicht erfolgt. Daß der Bundesrath dem eidgenössischen Zoll- und Handelsdepartement Vollmacht ertheilt hat, denselben von diesem Termin an gegenüber den sämtlichen Staaten des deutschen Zollvereins in Anwendung zu bringen, ward bereits gemeldet.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. Verhandlungen des Gesetzgeb. Körpers vom 8. Juni. (Mexiko.)

In der gestrigen Sitzung ging es wieder heiß her. Die Diskussion drehte sich um das rektifikative Budget der außerordentlichen Ausgaben für das Kriegsministerium im Jahre 1865. Es handelte sich namentlich um 35 Mill. für Unterhalt der mexikanischen Expedition. J. Favre trat mit einer Schärfe auf, welche stellenweise die Majorität in um so größere Aufregung versetzte, als diese selber dem transatlantischen Unternehmen ein baldiges Ende gesetzt sein möchte. J. Favre, der diese Frage seit Beginn der Expedition regelmäßig jedes Jahr zum Gegenstand seiner beständigen Angriffe gemacht hatte, hob namentlich die gewaltigen Widersprüche hervor, in denen alle früheren Erklärungen der Regierungen, ja selbst die Wünsche der Kammer zu den Ereignissen stünden, die sich, trotz aller erhobenen Einsprache, in so bedrohlicher Gestalt fortwährend entwickelt hätten und vielleicht noch weiter entwickeln würden. Er macht darauf aufmerksam, wie stets die Opposition das Aufgeben der Expedition anempfohlen, die Regierung die Absicht, sie zu so gewaltigen Umrissen anschwellen zu lassen, in Abrede gestellt habe. Er greift, unter den Ausbrüchen des größten Widerspruch verschiedener Mitglieder, das strenge Verfahren einzelner französischer Generale an, namentlich die Verbrennung der Stadt San-Sebastian durch den General Castagny, die standrechtliche Hinrichtung der juristischen Bandenführer etc. Er erklärt dies als offene Verletzungen des Völkerrechts, als Handlungen, die des französischen Namens unwürdig seien. Ebenso erhebt er sich gegen die Aburtheilung mexikanischer Pressevergehen durch französische Kriegsgerichte, und spielt nicht unendlich auf ein ähnliches Auftreten Napoleon's I. in Spanien an. Die Vorsehung habe heutzutage die Aufgabe, die providentialen Männer überflüssig und den Nationen es möglich zu machen, sich selber zu regieren und ihre eigenen Geschicke zu bestimmen. Wie weit Napoleon I. mit seiner Mission und seinen Plänen gekommen, zeige das Besetzungsdekret des Staatsraths vom 14. Apr. 1844.

Diese Angriffe rufen einen großen Sturm hervor, in welchem namentlich Marquis Bixé eine heroische Rolle spielt. Präsi. Schneider wirft ein, daß, wenn, wie J. Favre sagt, es dem ersten Kaiserreich an einer Opposition gefehlt, man dies wahrlich dem zweiten nicht nachreden könne.

Der Redner geht nun auf die prekäre Lage über, in der sich das neue mexikanische Kaiserreich befinde, nachdem es mit der einzigen Partei, auf die es sich habe stützen können, der Merkanten, sich überworfen habe. Er beschwert sich über die mangelhaften Mittheilungen, die nicht allein dem Publikum, sondern auch den Abgeordneten über die eigentliche Sachlage jenseits des Ozeans gemacht würden, und wie man erst zwischen den Zeilen des letzten Moniteur-Berichts herauslesen könne, welche bedenkliche Wendung der Stand der Angelegenheiten in Mexiko für das neue Kaiserreich genommen habe. Zuletzt kommt J. Favre auf die Finanzlage zu sprechen, die ihm äußerst verkommen erscheint. Namentlich weist er dies an den noch nie dagewesenen Bedingungen nach, unter denen das jüngste Anlehen zu Stande gebracht werden mußte; er fühlt, wie ihm die Schamröthe ins Gesicht steigt, wenn er daran denkt, daß dieses Anlehen durch die indirekte Unterstützung Frankreichs abgeschlossen wurde. Von dem ganzen Anlehen kämen Mexiko, nach Abzug aller Kommissionen und Zinsen, kaum 133 Mill. zu gut, für die es 400 Mill. zurückzahlen habe. J. Favre schließt mit einem feierlichen Protest gegen die Expedition, die er öffentlich als eine verurtheilte Idee erklärt.

Nach J. Favre spricht, als Regierungskommissär, Chaur d'Éti Ange. Er rechtfertigt die Expedition in ihrem Ursprung wie in dem weiteren Verlauf, den sie nothwendig habe nehmen müssen. Eine Volksabstimmung, wie sie Maximilian gewünscht, habe stattgefunden, und 5,500,000 Individuen hätten sich für das Kaiserreich ausgesprochen; nur die wilden Indianer in der Sonora, bei denen man die Stimmen nicht habe einsammeln können, hätten nicht mitgestimmt, etwa 1,500,000 an der Zahl. Es könne daraus weder die Kammer, noch überhaupt ein vernünftiger Mensch schließen, daß in Mexiko 1,500,000 Mexikaner gegen das Kaiserreich protestirten. „Kaiser Maximilian — bemerkt der Redner — ist gewählt durch den Willen des Volkes; er ist der Auserkorene des allgemeinen Stimmrechts. Die Sache ist nun einmal abgemacht, und kann nicht jedes Jahr wieder neu angefangen werden.“ Um den Kredit Mexiko's sei es noch gar nicht so übel bestellt; allein auch der beste Kredit müsse endlich erschöpft werden, wenn man, wie Jules Favre, in der größten Versammlung der Welt ihn fortwährend in so bestiger Weise angreife. Bis jetzt habe Mexiko alle seine im Vertrag von Miramar eingegangenen Verpflichtungen erfüllt. Allerdings seien die Bedingungen des Anlehens drückend; allein würde selbst unter diesen und vielleicht noch schlimmeren Bedingungen Jurez ein Anlehen zu Stande gebracht haben? Habe vielleicht fälschlich noch der amerikanische Norden unter besseren Bedingungen Geld aufgenommen? Die so vielfach geschmähte Einrichtung von Staatslotterien sei allgemein eingeführt; Oesterreich und Preußen hätte Anlehen mit Prämien gemacht; die Februarrepublik sogar habe die Stadt Paris dazu ermächtigt.

Außerdem hat Hr. Chaur d'Éti Ange die beste Meinung von dem Reichthum und der Leistungsfähigkeit Mexiko's. Alex. v. Humboldt wird zitiert, um das jährliche Einkommen von 20 Mill. Piaster zu konstatiren, von denen das Land selbst 10 Mill. brauchte und den

Ueberrest nach Spanien oder nach Cuba schickte. Heute ist aber Alles weit günstiger; Alles ist in erfreulichstem Gedeihen, auf den Feldern und in den Bergwerken und in den Hütten. Was die Rückkehr der Truppen anbelangt, so kann Hr. Chahr d'Est Ange versichern, daß in dieser Beziehung die Regierung vollkommen die Wünsche der Versammlung theilt, und thut, was sie nur kann, damit die Truppen heimkehren. Von 34,000 Mann sind jetzt nur noch 26,000 in Mexiko, woraus folgt, daß bereits 8000 zurückgekehrt sind. Auf die vielen Einzelheiten, Berichte, Telegramme, welche J. Favre angeführt hat, kann sich Chahr d'Est Ange nicht anders einlassen, als sie einfach in Abrede stellen oder entschieden protestieren. Wie könnte man es wagen, auf irgend beliebige Telegramme hin einen französischen General, der dem Feind gegenübersteht, als einen Räuber und leibhaftigen Vandalen hinzustellen? Gegen solche Beschuldigungen muß protestirt werden. (Ja, ja! Sehr gut!) General Gassagny hat gehandelt, wie jeder tüchtige Soldat gehandelt haben würde und mußte. Zum Schluß sucht Chahr d'Est Ange die Schwierigkeiten in Abrede zu stellen, die von Rom und den Verein. Staaten her dem mexikanischen Kaiserreich bereitet werden könnten. Man müsse auf die Weisheit und Nachgiebigkeit des Papstes wie Maximilian's rechnen. Was die Verein. Staaten anbelangt, so beruft sich Chahr d'Est Ange auf die letzten Friedensworte Lincoln's, für den er überhaupt eine ungemessene Bewunderung und Verehrung an den Tag legt. Die Amerikaner würden seinem Programm treu bleiben, und die Schäden des gewaltigen Bürgerkriegs wieder ausbessern, anstatt sich in neue Streitigkeiten einzulassen, die ihr Interesse ihnen zu vermeiden gebietet.

Die Sitzung wird nach der Rede des Hrn. Chahr d'Est Ange geschlossen, und die Fortsetzung der Diskussion auf die nächste Sitzung anberaumt. Es soll auf Antrag des Präsidenten auch die Gesetvorlage über die Annulirung der zur Amortisation bestimmten Renten auf die Tagesordnung kommen, und diese Vorlage noch erledigt werden, ehe man zur Diskussion des ordentlichen Budgets für 1866 schreitet, da die Einbringung dieses letzteren, wie Hr. Schneider bemerkt, auf der Annahme der besagten Gesetvorlage begründet ist.

* Paris. Die bereits telegraphisch erwähnte Depesche, welche Hr. Bigelow, Gesandter der Vereinigten Staaten, im Auftrag seiner Regierung Hrn. Drouin de Lhuys überreicht hat, lautet vollständig:

Washington, den 22. Mai.
An Hrn. Bigelow, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Amerika, in Paris.

Mein Herr! Marquis Montholon hat mir Abschrift einer Depesche vom 28. April gegeben, welche Hr. Drouin de Lhuys an Hrn. de Goyon gerichtet, um durch diesen der Regierung der Vereinigten Staaten die Absicht auszuweisen zu lassen, welche dem Kaiser und der Regierung Frankreichs die Ermordung des Präsidenten Lincoln eingeleitet hat, sowie den Schauer und die Theilnahme, die sie bei der Nachricht dieser unerwarteten Katastrophe empfanden, und endlich ihre hohe Achtung vor den Tugenden und dem Charakter des verstorbenen Präsidenten. Diese Depesche ist gegen die Vereinigten Staaten mit einem Geist des Grollens und der herablassenden Theilnahme erfüllt, welcher der alten Freundschaft beider Nationen zur Ehre gereicht und von unserer Seite eben so herzlich erwidert wird. Ihre letzte Depesche hat mir ebenfalls von dem, was bei dieser Veranlassung im französischen Senat und Gesetgebenden Körper vorgegangen ist, Kenntniß gegeben. Ich muß Sie ersuchen, Hrn. Drouin de Lhuys Kenntniß von der Aufnahme zu geben, die allen diesen Kundgebungen des guten Willens zu Theil geworden ist, und ihm zu sagen, daß sie der dankbaren Erinnerung der Regierung und des Volkes der Vereinigten Staaten eingetragt bleiben werden. Wollen Sie zu diesem Zweck Hrn. Drouin de Lhuys Abschrift des gegenwärtigen Schreibens hinterlassen. Genehmigen Sie etc. W. Hunter.

Telegraphischen Nachrichten aus London zufolge ist der Kaiser diesen Morgen um 4 Uhr dafelbst mit dem Geschwader angekommen. Der „Solferino“ und der „Invincible“, die einige Havarien erlitten hatten, sind zurückgeblieben und vom „Gloire“ ins Schlepptau genommen worden. Der Kaiser hat den „Taurin“ beauftragt, der morgen Abend vom Stapel laufen wird. Wie der „Abend-Moniteur“ meldet, wird Se. Maj. morgen, Samstag, Abend in Paris eintreffen.

Auch heute füllte die mexikanische Frage die ganze Sitzung des Gesetgeb. Körpers aus. Zunächst sprach Barthelemy für Mexiko und sein Ansehen, das vollständig gesetzlich und moralisch gewesen sei. Auch die Soldaten nimmt er gegen die Opposition in Schutz; sie hätten es nie mit ehrlichen, ebenbürtigen Gegnern, sondern mit Räubern, welche die Uniform entehrt, zu thun gehabt, und stets ihre Pflicht gethan. Die Rede findet großen Beifall. Nach ihm spricht Picard, mit weniger Beifall, gegen die Expedition und ihre Konsequenzen, und zuletzt tritt Koucher hervor, der mit großen Worten der Debatte ein Ende macht. Er steht auch für das Ansehen ein und für den ganzen Mechanismus, welchen die verschiedenen Kreditanstalten und Bankhäuser mit müthiger Selbstaufopferung für besten Gelingen ins Werk gesetzt. — Rente 67.45, Cred. mob. 770, ital. Anl. 66.85.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Juni. (Nat.-Btg.) An der gestrigen Grundgesetz-Feier vor dem Jagdschloß Eremitage theilnahmen etwa 30,000 Menschen. Bürgermeister Karsten präsidirte dem ersten Theil der Feier, und gab das Wort dem Reichstags-Mitglied, Großfürst Thune, welcher die durch den Tod des russischen Großfürsten = Thronfolgers motivirte Abwesenheit des Königs bedauerte, und in der Hoffnung auf die Rückgewinnung des dänisch-rebellen „Süd-Jütlands“ und die Herrschaft des Königs nicht nur über ein freies Volk, sondern auch über „alle Dänen“ ein Verbot für den König ausbrachte. Später sprach Professor A. Steer zu Ehren des dänischen Staats-Grundgesetzes, indem er die Allianz zwischen der Demokratie und der konservativen Partei scharf tadelte. Endlich besprach der Höchstenrichterspräsident Hansen den Verlust der Herzogthümer, indem er auf die politische Nothwendigkeit der Anlehnung Dänemarks an das schwedisch-norwegische Reich aufmerksam machte. Sonst sprach Niemand, und obwohl noch zwei Lieber gelungen wurden, war der politische Theil des Festes doch in weniger als einer Stunde erledigt. — In der unmittelbaren Nähe von Helsingör wird in nächster Zeit ein großartiges Hafengebäude gebaut werden, welches die durch den Sund passiren-

den See-Dampfschiffe, behufs der Versorgung mit Kohlen und Proviant, aufnehmen soll.

Griechenland.

Athen, 3. Juni. Die Wahlen wurden ruhig zu Ende geführt. Die Ultra-Revolutionäre erlitten eine gänzliche Niederlage. Es wurden viele Otonisten gewählt. Das Ministerium wird eine große Majorität haben. Kumunduros wurde in seiner Vaterstadt einstimmig gewählt. Die Kammer wird am 9. d. eröffnet; am 10. geht der König nach Korfu, und wird von dem österreichischen, englischen und türkischen Gesandten begleitet.

Asien.

London, 8. Juni. Nach einem aus Shanghai direkt eingegangenen Telegramm vom gestrigen Tag wurde Brinkung durch ein kaiserl. Dekret nur als Präsident des Departements des Neufjens wieder eingeführt. — Fürst Nogato hat die Absicht, den Hafen in der Straße von Simonosaki zu eröffnen; jedoch behält der Taikun seine Zustimmung dazu sich vor.

* Die „Patrie“ erfährt durch Privatschreiben aus Saigon unterm 25. April, daß die Empörer von Tonkin einen bedeutenden Sieg über die Truppen des Kaisers Tu-Duc davongetragen haben.

Amerika.

* New-York, 27. Mai. (Per „Nova Scotian“.) Präsident Johnson scheint entschlossen, keinerlei Geschenke anzunehmen. Einigen Bürgern, die ihm eine schöne Equipage verehrt hatten, schickte er dieselbe mit einem verbindlichen Dankschreiben zurück, in dem er sagt:

„Obwohl ich die Reinheit Ihrer Absicht, die diesem gehaltvollen Beweis Ihrer Achtung und Wertschätzung zu Grunde liegt, vollkommen zu würdigen weiß, sehe ich mich doch gezwungen, Geschenke gütiger und loyaler Freunde abzulehnen, lediglich weil ich von je her die Ueberzeugung hatte, daß Personen, die eine hohe amtliche Stellung bekleiden, keinerlei Geschenke annehmen sollten.“

Er erbat sich bloß die Inschrift, welche das Geschenk begleitet hatte, als Andenken behalten zu dürfen.

Das Zerwürfniß zwischen Sherman und Stanton ist so weit gediehen, daß sie einander nicht grüßen, und daß Sherman Jenen öffentlich in den Zeitungen anklagt, seine Depeschen geheim gehalten zu haben, um ihn zu verdächtigen. In einem dieser Briefe sagt er: „Es ist anmaßlich, zu sehen, wie fest und tapfer manche Leute werden, sobald nur erst die Gefahr vorüber ist. Tapfere Männer — das habe ich im Kriege immer gefunden — schänden nie die Gefallenen, insultiren nie die Gefangenen, aber Feiglinge und Nachzügler thun es.“ Sherman und Grant und die meisten Generale, die sich um die Rettung der Republik verdient gemacht haben, sollen es der Regierung übel nehmen, daß sie Davis wie einen gemeinen Verbrecher behandelt, und würden am liebsten eine allgemeine Amnestie erlassen sehen. Der bessere Theil der amerikanischen Presse stimmt ebenfalls nicht in das Blutgeheul ein, das von anderen Seiten erhoben wird. Man hört vielfach die Meinung ausgesprochen, Johnson wolle die Hauptangeklagten nur verurtheilen lassen, um sie später zu begnadigen. Es gilt dies natürlich nicht von den des Mordes Angeklagten.

Vermischte Nachrichten.

Stuttgart, 9. Juni. Letzten Sonntag und Montag waren auch die badischen Bodensee-Ufer von vielen Württembergern besucht, indem von hier ein Vergnügungszug, veranstaltet durch den Redakteur der „Bürger-Zeitung“, Eduard Schwarz, von 500 Theilnehmern aus allen Gegenden Württembergs, und selbst aus Pforzheim, nach Friedrichshafen abging und von dort mittels eines Extradampfers — der großen und schönen Stadt Friedrichshafen — die Rundfahrt um den See machte. Viele stiegen in Konstanz aus, übernachteten dort, und machten von da Ausflüge in die benachbarten Schweizerorte, an den Untersee, nach Mainau, nach Meersburg und selbst bis Ueberlingen; auch die Schaffhauser Fahrt zum Rheinfall wurde gemacht. Das Unternehmen ist vollkommen gelungen und wird wiederholt werden.

Gottha, 7. Juni. (Kob. Btg.) In der heute hier tagenden dritten Bundesversammlung der freien religiösen Gemeinden waren 47 Deputirte aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands anwesend. Nach längerer Debatte wurde folgendes beschlossen: Die gegenwärtig bestehende Bundesversammlung-Urkunde ist so zu lassen, wie sie ist. Es ist auf Grund des § 2 der Verfassung selbstverständlich, daß nur die Beschlüsse der Bundesversammlung für die Gemeinden bindende Kraft haben, welche die äußeren Angelegenheiten und Folgen des Bundes betreffen, daß dagegen alle diejenigen Auslassungen, welche sich auf innere, d. h. auf die religiösen Angelegenheiten beziehen, nur die Geltung von Rathschlägen für die einzelnen Gemeinden haben. Ueber den Antrag der Kölner freien religiösen Gemeinde (den Begriff der Worte Religion und der bewußten Gottheit von Bundes wegen zu fixiren) wurde insofern zur Tagesordnung übergegangen, als die Feststellung einer solchen Definition, unter Bezugnahme auf § 3 der Verfassung, dem Grundprinzip der freien Gemeinden, der Denk- und Glaubensfreiheit geradezu widerspreche.

Weimar, 7. Juni. (Weim. Btg.) Die außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Schiller-Stiftung wurde heute nach 10 Uhr durch eine Ansprache des Vorsitzenden des Verwaltungsraths, Generalintendanten Dr. Dingeldey, eröffnet. Ehe zur Feststellung der Tagesordnung geschritten wurde, wurde die Anmeldung der vertretenen Zweigstiftungen und die Ueberreichung der Vollmachten vorgenommen. Es ergab sich, daß zum ersten Mal seit Bestehen der Stiftung sämtliche Zwanzigstiftungen, 22 an der Zahl, angemeldet und mit Ausnahme Königbergs, dessen Vertreter erwartet wird, vertreten waren. Es ward darauf zur Wahl des Präsidenten geschritten. Die Wahl fiel mit 12 Stimmen auf Dr. Dingeldey gegen 9, welche Köllin aus Stuttgart erhielt. Dr. Dingeldey dankte für das Vertrauen, lehnte indessen die Wahl ab. Bei der dadurch nothwendig gewordenen zweiten Wahl wird mit 20 Stimmen Dr. Köllin gewählt. Dieser nimmt die Wahl an, dankt der Versammlung, und verspricht, so viel ihm möglich sei, zur Erreichung der Zwecke der diesmaligen Generalversammlung beizutragen und hofft, daß dies der Fall sein werde, wenn die Versammlung weniger vorwärts als rückwärts schauen

wolle. Da die Wahl des Vizepräsidenten ebenfalls Stimmengleichheit zwischen Georgi (Dresden) und Buchner (Darmstadt) ergab, so mußte zu einer zweiten Wahl geschritten werden, aus welcher Georgi als Vizepräsident hervorging, der die Wahl annahm. Zu Schriftführern wurden gewählt die H. Wolfgang Müller und Weiffel. Auf den Vorschlag des Präsidiums wird die Kommission zur Prüfung der Vollmachten aus den Schriftführern und Buchner gebildet.

Es wurden darauf die eingegangenen Anträge von Leipzig, Darmstadt, München, Köln verlesen, und da der Leipziger Antrag präjudizell für die Tagesordnung war, die Verhandlung darüber eröffnet, ob nach demselben die Tagesordnung anzusehen sei. Dieser Antrag lautet: Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die nach den Satzungen von 1859 und § 102 der Geschäftsordnung vorzunehmende Neuwahl des Vororts und der die übrigen Mitglieder des Verwaltungsraths ernennenden Zweigstiftungen. Es entwickelt sich über denselben oder vielmehr über die durch denselben angeregte Frage, ob die Versammlung zu den alten Statuten zurückkehren solle, eine sehr lebhaft debattirte, auf welche des Näheren einzugehen bei der Menge der Neben- und der widersprechenden Ansichten, die in den einzelnen Anträgen ihren Ausdruck fanden, unmöglich ist. Es stellte sich bald heraus, daß über die Sache selbst eine eigentliche Meinungsverschiedenheit nicht obwalte, allseitig vielmehr das Bestreben nach Ausgleichung der bestehenden Konflikte und das Verlangen nach Herbeiführung eines geregelten Zustandes vorhanden sei; die Schwierigkeit, welche zu beseitigen war, lag insofern in der formalen Fassung eines auf die Herbeiführung eines allseitig anerkannten Rechtszustandes gerichteten Antrags. Nach längerer Verhandlung, in welcher einige Vertreter der Majorität der letzten ordentlichen Generalversammlung, namentlich Weiffel, Braunsfels, Heller gegen eine einfache Rückkehr zu den alten Statuten gesprochen, weil dadurch die Billigkeit des Beschlusses der vorigen Generalversammlung gekündigt werde, wird ein von Juchacz eingetragener Antrag, dahin gehend: „Sollen die durch die letzte Generalversammlung beschlossenen Statutenabänderungen aufgehoben und die Rechtszuständigkeit der alten Statuten vorbehaltlich der weiteren Beschlußfassung über § 10 der alten Statuten und sonstige Verbesserungen allseitig anerkannt werden?“ nach Weglassung des letzten Theils mit allen Stimmen angenommen; mit diesem Beschluß ist daher der rechtliche Zustand dahin festgestellt worden, daß die Statuten von 1859 die Basis der Stiftung bilden. (Das Wien als nächster Vorort gewählt und die fernere Veröffentlichung der Gaten verworfen wurde, ist bereits telegraphisch gemeldet worden.)

Danzig, im Juni. Bei der letzten Volkszählung sind im hiesigen Regierungsbezirk 18 Personen vorgefunden worden, welche 100 Jahre und darüber alt waren: 8 Männer und 10 Frauen. Die älteste Person zählte 103 Jahre und lebte zu Steinberg im Kreis Neustadt.

Aus Palermo meldet man: Den Freunden und Verehrern des Dichters A. v. Platen biete zur Nachricht, daß die Umlegung der Leiche am 2. Mai d. J. in Syrakus stattgefunden hat.

Paris, 8. Juni. Man schreibt der „Köln. Btg.“: Man will hier wissen, die französische Tabakregie beschlossene, mit dem Eintritt des neuen Zolltarifs, also am 1. Juli d. J., in den größeren Städten des Zollvereins Depots ihrer Fabrikate, namentlich Cigarren, zu errichten. Man hat dafür auch solche Städte in Aussicht genommen, welche im Sommer einen großen Zufluß von Fremden haben, wie z. B. die größeren Bad- und Spielorte.

London, 8. Juni. Heute Morgen starb hier Sir Joseph Barton, der bekannte Erbauer des Krystallpalastes. Der Verstorbenen hat sich neben Cobden erhebliche Verdienste um das Zustandekommen des englisch-französischen Handelsvertrages erworben.

Gestern Abend fand die Vermählung des Frn. Evelina v. Rothschild, zweiten Tochter des Barons Lionel v. Rothschild, mit ihrem Better Ferdinand v. Rothschild, zweitem Sohne des Frn. Anselm v. Rothschild, Gefeß des Wiener Hauses, statt. Die „Times“ bringt einen ausführlichen Bericht über die Hochzeitsfeier, bei welcher ein wahrhaft fürstlicher Glanz entfaltet wurde. Unter den Hochzeitsgästen befanden sich der Herzog von Cambridge, die Herzogin von Sumale, der Graf und die Gräfin Apponyi, der französische Botschafter, der Herzog und die Herzogin von Sutherland, der Herzog und die Herzogin von Wellington, der Herzog und die Herzogin von Somerset, Sir R. Peel, Hr. Disraeli, der Sprecher des Hauses der Gemeinen u. s. w.

Die Silberproduktion in Nevada betrug nach dem Bericht des preussischen Konsuls zu San Francisco im Jahr 1864 16 Mill. Doll. gegen 12 Mill. in 1863, 6 Mill. in 1862, und 2 Mill. in 1861. Nevada-Zeitungen geben den vorjährigen Ertrag auf 25 Mill. an. Thatsache ist, daß die Silberausfuhr von San Francisco nach China jetzt monatlich ungefähr eine Mill. Doll. erreicht und diese Summe oft übersteigt.

Nachricht.

Berlin, 10. Juni. (Sch. M.) Das Abgeordnetenhaus wird übermorgen Beschluß über den Gesamtetat fassen. Birchow lehnte wiederholt die Duellforderung Bismarck's ab. Die Motive der Ablehnung wird er in der nächsten Donnerstags-Sitzung angeben. Eine Anerkennungsadresse an Birchow findet zahlreiche Unterschriften. — Es wird demotirt, daß der Herzog Friedrich von Augustenburg nach Kiel abzureisen beabsichtige. — Der österreichische Gesandte Karolyi hat um seine Entlassung gebeten.

Hageburg, 10. Juni. (Sch. M.) Der Landtag wurde gestern nach erledigter Tagesordnung wieder geschlossen. Dem Vernehmen nach dankt Bismarck in seiner verlesenen Antwort für die durch eine Deputation überreichte Landtags-Adresse und verspricht, daß das Möglichste gethan werden solle, um die vom Landtag ausgedrückten Wünsche zu erfüllen. Dem Vernehmen nach wurde an diese Mittheilung keine Diskussion des Landtags geknüpft.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

9. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 272	+ 130	N.O.	schw. bew.	heiter, mild
Mittags 2	184	+ 200	„	„	heiß
Nachts 9	130	+ 155	„	„	mild

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krenlein.

Topogr. Karten des Großh. Generalstabes.

Nr. 481. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe sind vorrätig:

- Topogr. Atlas von Baden in 53 Bl. Maßst. 1:50,000. Jedes ganze Blatt Orig.-Abdr. 1 fl. Ueberdruck 30 fr. Halbe Blätter Orig.-Abdr. 30 fr. Ueberdruck 30 fr. Ueberdruckkarte von Baden in 6 Bl. mit großen Theilen der Rheinpfalz, Bayern, Hessen und Württemberg. Maßst. 1:200,000. Jedes Blatt Orig.-Abdr. 1 fl. Ueberdruck 30 fr. Karte vom Großh. Baden in 1 Blatt. Maßst. 1:400,000 Orig.-Abdr. 2 fl. Ueberdruck 30 fr. Karte der Umgebung von Karlsruhe in 4 Blatt. Maßst. 1:25,000. Jedes Blatt 1 fl. Karte der Umgebung von Freiburg in 4 Blatt. Maßst. 1:25,000. Jedes Blatt 1 fl. 12 fr. Karte der Umgebung von Mannheim in 2 Blatt. Maßst. 1:25,000. Jedes Blatt 1 fl. 24 fr. Karte der Umgebung von Nassau in 4 Blatt. Maßst. 1:25,000. Jedes Blatt 1 fl. 48 fr.

Sämmtliche Karten sind auch auf Leinwand gezogen zu haben.

Nr. 437. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Mit dem 12. I. d. M. wird für den direkten Güterverkehr zwischen den Stationen der Karlsruher Rheinbahn: Karlsruhe, Mühlburg und Marx und einer Anzahl hiesiger Stationen ein neuer Tarif via Marx, welcher zum Theil ermäßigte Frachtsätze enthält, in Wirksamkeit treten. Einzelne Exemplare dieses Tarifs werden bei den Stationen der Karlsruher Rheinbahn gegen Erlass der Anschaffungskosten abgegeben. Karlsruhe, den 9. Juni 1865. Direktion der großh. Verkehrsanstalten. G. v. D. Pöppel.

Bad Pyrmont. Stahl- und Salzquellen.

Nr. 378. Nachdem vor einigen Jahren die Salzquellen Pyrmonts durch Erbohrung einer fast 5% Soole bereichert und dadurch die Salzäder, für die jetzt 40 Badegellen hergerichtet, sehr in Aufnahme gekommen sind, haben in 1864 die Stahlquellen durch Bloßlegung und Fassung der Heleuenquelle einen nicht geringen Zuwachs erhalten. Nach der Analyse vom Herrn Geh. Hofrath Dr. Fresenius zu Wiesbaden sind in einem Pfunde Wasser der Heleuenquelle 18,790356 Gran freie Kohlensäure enthalten. Die Stahläder, für welche jetzt 68 Kabinette besetzt, werden zum Theil in 4 - 5 Minuten durch Dampf erwärmt.

Molken, Russisches Dampfbad.

Besuchern von Stahl- und Salzquellen sind an das k. k. Fürstliche Brunnenkommissariat zu richten. Sonstige Anfragen erwidelt Die Fürstliche Brunnenkommission.

Bad Gleisweiler. Personenpost.

Nr. 344. Mit der Errichtung einer Briefpost-Expedition in Gleisweiler wird vom 1. Juni an eine Personenpost in Verbindung gebracht. Der Postomnibus, bei entsprechender Witterung ein Sommerwagen, geht täglich 1 Uhr 45 Minuten aus dem Bahnhof zum Schwan in Randau ab, und trifft gegen 3 Uhr in Bad Gleisweiler ein. Rückfahrt im Anschluss an die um 7 Uhr 45 M. von Randau nach Weissenburg, Karlsruhe, Ludwigsbafen und Dürkheim abgehendenzüge. Taxe für die einfache Fahrt 24 fr. Hin und zurück 36 fr.

Commisstelle-Gesuch.

Nr. 417. Ein junger Mann, der seine Lehrgzeit in drei Jahren in einem gemischten Waarengeschäfte (des Bekleidungs) beendigt hat und gute Zeugnisse aufweisen kann, wünscht in ein Manufaktur- oder Silberswaarengeschäft engagirt zu werden. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Nr. 317. Grünwinkel bei Karlsruhe. Preissteuern.

Zu dem am 28. Mai besprochenen und von 2 Uhr Mittags an fortwährenden Preissteuern, im Gabeuwerthe von 600 fl., bestehend aus Jagdflinten (Lefauchaux und Percussion), goldenen und silbernen Taschenuhren, prachsvollen Pendules, Spiegel, Bildern, Möbeln, nebst verschiednen andern, für Jedermann brauchbaren Gegenständen, erlaubt sich Unterzeichnete die Herren Regelliebhaber mit dem Bemerkten freundlichst einzuladen, daß für gute Bewerthung gesorgt ist.

Nr. 439. Karlsruhe. Anwesenverkauf.

Der Besitzer eines großten Anwesens in einer gewerthreichen Stadt Badens wünscht dasselbe namentlich zur Anlage einer größeren Brauerei eignen, und würde sich der Eigenthümer unter Umständen dabei beihiligen. Das Anwesen umfaßt etwa 4 Morgen Platz, enthält Wohnhaus, Oekonomie- und Fabrikgebäude, Dampfmaschine, mehrere Brunnen etc. Nähere Auskünfte ertheilt die Agentur für Volkswirtschaftliche Interessen von F. Schumann, Innerer Postf. 10.

Nr. 619. Mannheim. Guano.

aus den Anfuhrern der Peruanischen Regierung bei G. Köhler & Koch in Mannheim.

Verein für badische Ortsbeschreibung.

Nr. 435. Die verehrlichen Vereinsmitglieder werden zur lobungsgemäßen Hauptversammlung Montag 19. Juni, früh 11 Uhr, nach Karlsruhe eingeladen. Verammlungsort im Museum daselbst; Tagesordnung: Rechenschaftsbericht. Renouveau des Vorstandes und Geschäftsorts. Etwaige Vorschläge zur Verbesserung der Satzungen.

Nr. 273. Fr. Graf zu Berlichingen. Bad Peterstal.

Es ist seit dem 15. Mai eröffnet, in reizender Gegend gelegen. Höhenlage 1300 Fuß über dem Meere, in der Nähe mächtiger Nadelholzwaldungen. Die Heilquellen, ausgezeichnet durch den großartigen Reichthum an freier Kohlensäure und durch, für den Kurzwirkung glückliche Mischungsverhältnisse von Eisen und lösenden Salzen, beleben und stärken das Blut- und Nervensystem und Verdauungsorgane, und betätigen zugleich die natürlichen Ausscheidungen; eignen sich daher im Allgemeinen für Blutmuth, Nervenschwäche und Verdauungsstörungen. Die Saphirquelle (Eisensäurequelle) hat nebenbei durch einen beträchtlichen Gehalt von kohlensaurem Natrium spezifische Wirkung, bei Hämorrhoiden und Krampfbildern, die auf Gährungsüberschuß im Blute beruhen. Die Magnesiumquelle, ein durch die Verhärtung der Salzquelle murrendes Bitterwasser, wirkt leicht abführend, ohne die geringste Schädigung der Verdauungsorgane, und eignet sich vorzüglich zum kurbildigen Trinken für Verdauungsschwäche mit Stuhlverhaltung, Unterleibsvollblütigkeit, Leberleiden und Hämorrhoidalbeschwerden. Außer den gewöhnlichen Kurmitteln sind umfangreiche Einrichtungen zur Verwerthung des Quellengases (Kohlensäure), welches in außerordentlicher Menge aus den Quellen entströmt, getroffen. Gasdouche, bei Energielosigkeit der Nerven, des Gehirns und Gesichtsinnes, Gasbädern, bei hartnäckigem stator albus. Gasbäder bei Schwächezuständen der Nerven, rheumatischen und hysterischen Affektionen. Gasprudelbäder (Gaseinstömungen durch einen doppelten Boden der Bannen in das Bademineralewasser), welche leichter zu den wirksamsten Haut- und Nervenheilmitteln gehören, bei allen in der Blutmuth begründeten Affektionen, namentlich Nervenschwäche und Hysterie. Die wirthschaftlichen Einrichtungen haben dies Jahr eine völlige Umgestaltung erfahren. Ein neues an Eleganz und Zweckmäßigkeit allen Anforderungen der Kunst entsprechendes Kurgebäude nimmt den Kur- und Speisesaal auf, während die alte Trinitätskirche in geräumige, mit allem Comfort versehene Badkabinette für Gasprudelbäder und der frühere Speisesaal zu eleganten Wohnräumen umgewandelt worden ist. Das alte Kurhaus umfaßt nunmehr nur noch außer den Heilquellen Bäder und Wohnungen, die vor jeder Zugluft geschützt, leicht und bequem wechselweise benutzbar werden können. Post- und Telegraphenbureau in der Anstalt. Täglich dreimalige Postverbindung mit der Eisenbahnstation Appenweier. Peterstal, im Mai 1865.



ETABLISSEMENT THERMAL DE VICHY. Succursale der Mineralwasser-Heilanstalt von Vichy.

Haupt-Niederlage von allen französischen und ausländischen Mineralwassern. Louis Dreyfus, Direktor, Kronenburger Straße Nr. 37, in Strassburg am Rhein.

Die Compagnie der Mineralwasser von Vichy hat die Ehre, das Publikum zu benachrichtigen, daß sie in Strassburg eine Filial-Niederlage errichtet hat, zu dem Zweck, den Gebrauch dieses Mineralwassers in Deutschland zu verbreiten, und um den Apothekern Gelegenheit zu geben, es sich leichter, geschwinder, echt und frisch verschaffen zu können. Das Mineralwasser von Vichy ist empfehlend bei Störungen der Verdauungsorgane, Leberleiden, Bluthochdruck, Gicht, Rheumatismus, Diabetes und Albuminurie. Die Flaschen tragen französische und deutsche Etiquetten, nach Belieben der Konsumenten. Die Riste mit 50 Flaschen von allen Quellen zu 38 Franken. — Echtes Salz und Pökeln mit dem Umhlagband der Etiketentexte zu den nünftigen Preisen, wie in der Anstalt selbst. — Den Apothekern wird ein Rabatt gegeben. Herr Louis Dreyfus, auch Korrespondent der franz. Ostbahn, empfiehlt sich für Kommission und Expositions-Geschäfte, übernimmt Gütertransporte zu billigen und festen Preisen, besorgt Vollformalitäten und besitzt große Lagerräume.

Nr. 490. Karlsruhe. Münchener Lagerbier vom Spatenbräu.

empfiehlt en gros C. Däschner.

Nr. 413. Offenburg. Weinversteigerung.

Die Erben der Joseph Batzlang senior, Eheleute hier lassen

Montag den 19. d. M., früh 10 Uhr, nachfolgende Weine der Erbschaft wegen öffentlich gegen Baarzahlung versteigern:

Table with columns for wine types (e.g., Weiß, Rot, gemischt) and prices. Includes entries like '350 Maß Weiß 1858er', '250 ' 'Trubwein', '148 ' 'Rot', '1430 ' 'Weiß 1834er', etc.

Offenburg, den 8. Juni 1865. Das Meistgericht. Johann Kiefer.

Nr. 432. R. Nr. 3913. Konstanz. Bekanntmachung. (Urtheil.)

In Sachen der Ehefrau des Anton Fahr von Gottmadingen, Elisabetha, geb. Graf, Klägerin, gegen ihren Ehemann Anton Fahr daselbst, Beklagten, Vermögensabsonderung betr., wird auf gepflogene Verhandlung zu Recht erkannt: Die Klägerin sei für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Mannes abzusondern und hat der Letztere die Kosten des Streits zu tragen.

So geschehen Konstanz, den 18. Mai 1865. Großh. Kreis- und Hofgericht Konstanz. R. v. B. Stigler.

Nr. 441. Mannheim. Bekanntmachung.

Stephan Ferich von Mannheim, wegen Körperverletzung und nachlässiger Beschädigung. Wird Tagfahrt zur Hauptverhandlung vor der hiesigen Strafkammer auf

Mittwoch den 28. Juni d. J., Vormittags 9 Uhr, anberaumt, und hiervon der flüchtige Angeklagte mit dem Ansuchen benachrichtigt, daß er sich 14 Tage vorher bei dem Untersuchungsrichter, dem großh. Amtsgericht Mannheim, zu stellen habe, und daß die Verhandlung stattd. er mag erscheinen oder nicht. Mannheim, den 9. Juni 1865. Großh. Kreis- und Hofgericht. Strafkammer. Der Vorsitzende: K. v. G.

Nr. 405. Nr. 3556. J. F. Fellen. (Aufforderung und Forderung.)

Kaplan Zimmermann, Schmiech von Trarbach, Kantons Schaffhausen, ist der Entwendung einer Biege, zum Nachtheil des Schlossers Georg Stoll von Grämingen, unter erheblichen Umständen angeklagt. Da derselbe abwesend ist, so wird er hiermit aufgefordert, sich binnen 10 Tagen daber zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß wird gefällt werden. Zugleich wird die Bitte gestellt, auf Kaspar Zimmermann zu Trarbach, in welchem Falle und ihm im Betretungsfalle anber einzuliefern. J. Fellen, den 5. Juni 1865. Großh. bad. Amtsgericht. J. Fellen.

Nr. 417. Nr. 12598. Karlsruhe. (Aufforderung und Forderung.)

Dragoner Schweiger von Friedenthal hat sich am 19. Febr. d. J. heimlicher Weise aus seiner Garnison in Buchsloe entsetzt und wird hiermit aufgefordert, sich binnen 4 Wochen hier oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, widrigenfalls die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Desertion gegen ihn werde beantragt werden. Zugleich wird dessen Vermögens mit Beschlag belegt. Signalment. Dragoner Schweiger ist 22 Jahre alt, 5' 6" 2" groß, schlank, hat runde Gesichtszüge und frische Gesichtsfarbe, blonde Haare, hohe Stirne, braune Augenbraue, blaue Augen, Mund und Nase proportionirt, rundes Kinn, gute Zähne und einen kleinen, braunen Schnurrbart. Karlsruhe, den 7. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. Jägermaj. D.

Nr. 409. Nr. 8853. Forstheim. (Aufforderung und Forderung.)

Der Korporal im Feld-Artillerieregiment, Gustav Leicht von Neuhausen, hat sich unerlaubt von seiner Heimath entsetzt und ist sein Aufenthaltsort unbekannt. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen daber oder bei seinem Regimentskommando zu stellen, widrigenfalls die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Desertion gegen ihn beantragt und er des Staats- und Ordbürgerrechts verlustig erklärt würde. Zugleich wird sein Vermögen mit Beschlag belegt und um Forderung auf denselben gebeten. Forstheim, den 9. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. G. v. L.

Nr. 433. Nr. 1339. Mannheim. (Vorladung.)

In Anklagesachen gegen den Lehrenmacher Hermann Busch von Fabr., wegen Betrugs gegen Gläubiger und Bruch des Offenbarungseides, wird Tagfahrt zur öffentlich-mündlichen Verhandlung über die Nichtigkeitserklärung, welche der großh. Staatsanwalt am Kreis- und Hofgericht Offenburg gegen das Urtheil der Strafkammer dieses Gerichtshofes vom 22. April d. J., Nr. 767, insoweit dasselbe den Angeklagten von der Anklage wegen Verletzung des Offenbarungseides freispricht, eingeführt hat, auf Samstag den 16. September l. J., Morgens 9 Uhr, daber anberaumt, und bieu der flüchtige Angeklagte

Table with columns for various securities and bonds, including 'Frankfurt, 9. Juni 1865.', 'Staatspapiere.', and 'Anleihen-Loose.' with various interest rates and denominations.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Table listing various stocks and bonds, including 'Frankfurter Bank', 'Deut. Bank-Aktien', 'Bayer. Bank', 'Mittel. Gr.-A.', 'Euremb. Bank-Aktien', 'Rhein-Naher-Bahn', 'Euremb. Verb. Eisenbahn', 'Rhein-Naher-Bahn', 'Euremb. Verb. Eisenbahn', etc., with columns for price and interest.